



NEUE REPUBLIK

www.rep.de | Politik – Wirtschaft – Soziales | Parteizeitung der REPUBLIKANER | Ausgabe März 2011 (Nr. 02/11)



Alternative Blau

Schwarz-Gelb oder Rot-Grün, das wird in Baden-Württemberg als Scheinalternative zur Wahl gestellt. Die einen profilieren sich als die Bewahrer eines erfolgreichen Bundeslandes, die anderen wittern eine Wechselstimmung. Doch worauf kommt es bei dieser Wahl wirklich an ?

Die Angst vor Rot-Grün hat schon vor zehn Jahren der Union die Stimmen zugetrieben. Diesmal hoffen die Grünen, dass ihnen der Protest gegen S 21 die Stimmen zuführt. Dabei wissen Kretschmann & Cie. ganz genau, dass auch sie im Falle eines Wahlsieges das Neubauprojekt nicht verhindern können. Der blasse SPD-Spitzenkandidat steht für nichts und alles. Und Stefan Mappus hofft, dass alles weitergeht wie bisher und er nicht als der Ministerpräsident mit der kürzesten Amtszeit in die Annalen des Landes eingeht. Auf den Wahlplakaten geht es vage um Bildung und Fortschritt. Zu den

wirklichen Problemen hört man von den Altparteien nichts.

Weder das Problem Zuwanderung und Integration noch die zunehmende Islamisierung unserer Gesellschaft werden angesprochen. Auch das Problem von Wirtschaft und Finanzen angesichts der EURO-Krise werden nicht thematisiert. Dabei geben zahlreiche Fachleute dem EURO nur noch kurze Zeit.

Und ein Problem bleibt unausgesprochen: Die unaufhaltsame Verschiebung des politischen Koordinatenkreuzes nach links. Selbst wenn die Neokommunisten es diesmal noch nicht schaffen sollten,

bleibt die zentrale Frage: Wie kann künftig eine strukturelle Mehrheit links der Mitte gesichert werden?

Die Antwort ist denkbar einfach: Durch eine demokratische Rechtspartei, die dafür sorgt, dass das bürgerlich-konservative Wählerpotential ausgeschöpft und eine linke Machtübernahme verhindert wird. Schwarz-Gelb allein ist dazu nicht mehr in der Lage. Deshalb gilt diesmal: Blau statt Schwarz wählen – Republikaner in den Landtag. Übrigens: Die Republikaner werden im Gegensatz zu den Linken nicht als verfassungsfeindlich eingestuft.



Dr. Rolf Schlierer, Ulrich Deuschle



Sie stehen für die Bewahrung des Verfassungsauftrages

Was sagen eigentlich die Republikaner zum Thema ...

...Schule?

Die Republikaner wollen das dreigliedrige Schulsystem stärken und das neunjährige Gymnasium wieder einführen. Ganztagschulen soll es nur geben, wo Eltern das wünschen, und nicht als Zwang. Islamischen Religionsunterricht lehnen die Republikaner ab.

...Studiengebühren?

Allgemeine Studiengebühren treffen nur die überlastete Mittelschicht; Studiengebühren deshalb nur für Langzeitstudenten. Statt „Bachelor“ und „Master“: Diplom-Ingenieur wieder einführen.

...direkte Demokratie?

Volksentscheide sollen auf Landesebene leichter möglich sein und auf Bundesebene eingeführt werden – gerade zu wichtigen Fragen wie Euro-Ausstieg, Türkei-EU-Beitritt oder Minarettverbot. Ohne Volksabstimmung sollte auch „Stuttgart 21“ nicht weitergebaut werden.

...Staatsfinanzen?

Mit dem Neuverschuldungsverbot, das die Republikaner schon vor 15 Jahren wollten, muss endlich ernstgemacht werden. Bund, Länder und Gemeinden brauchen getrennte und verlässliche eigene Steuereinnahmen.

...Arbeit?

Weniger Bürokratie und Abgaben für den Mittelstand ist das beste Konjunkturprogramm. Mit einer Verlagerungsabgabe wollen die Republikaner Arbeitsplatzexport bekämpfen. Gegen Fachkräftemangel hilft nicht Einwanderung, sondern Qualifizierung der eigenen Leute.

...Soziales?

Sozialleistungen kann nur beanspruchen, wer seinen Beitrag zur Solidargemeinschaft leistet. Sozialabkommen mit der Türkei und anderen Ländern, die gesetzlich versicherte Ausländer privilegieren, müssen gekündigt werden.

...Sicherheit?

Mehr Polizei auf den Straßen, mehr Geld und mehr Stellen für die Polizei – und Videoüberwachung auf Bahnhöfen, Flughäfen und gefährdeten Plätzen. Und: Lebenslänglich muss wieder lebenslänglich heißen – härtere Strafen schrecken ab.

...Integration?

Integration ist eine Bringschuld der Einwanderer und geht nur durch Assimilation. Deutschenfeindliche Gewalt schlecht integrierter Einwanderer muss bekämpft werden.

...Islam?

Die Republikaner fordern ein Verbot der Errichtung weiterer Großmoscheen und Minarette. Das Grundrecht der Religionsfreiheit bleibt davon unberührt.

...Kultur und Medien?

Die deutsche Sprache muss im Grundgesetz verankert und geschützt werden. Das GEZ-Zwangsgeldsystem wollen die Republikaner abschaffen.

...Verkehr?

Das Industrieland Baden-Württemberg braucht intakte Verkehrs- und Kommunikationswege. Auf den „Aufbau Ost“ muss jetzt der „Nachholbedarf Südwest“ folgen.

...Umwelt und Landwirtschaft?

Heimische Bauern müssen weiter angemessene Ausgleichsleistungen erhalten. Die unsinnige Subventionierung von Windkraft-, Solar- und Biogasanlagen ist einzustellen.

Sturm auf Europa

Ein Schiff wird kommen, hieß es in einem alten Schlager. Heute sind es viele Schiffe, die nach Lampedusa und damit nach Europa kommen. Ohne Plan reagiert die EU auf den Migrantenansturm nach den Revolutionen in Tunesien und Libyen. Auf den Plan gerufen sehen sich dagegen Gutmenschenvereinigungen wie Pro Asyl und fordern vollmundig die Aufnahme weiterer

Flüchtlinge. Dabei steigt die Zahl der Asylbewerber rapide: Um knapp 50 Prozent stieg die Zahl der Asylanträge in Deutschland im letzten Jahr. 2010 beantragten insgesamt 41.332 Personen Asyl – die meisten kamen aus Afghanistan, wo die Bundeswehr für Ordnung sorgt. Ab Mai dieses Jahres werden ca. 1 Million Polen auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen, nachdem die volle Frei-

zügigkeit für die osteuropäischen Länder gilt. Und die Aufhebung der Visumpflicht für Türken durch das bayerische Verwaltungsgericht in München wird für einen weiteren Zustrom nach Deutschland sorgen.

Wer in dieser Situation wie der grüne Frontmann Özdemir oder der SPD-Innen„experte“ Edathy die Aufnahme weiterer afrikanischer Migranten in Deutschland fordert, handelt gegen die Interessen unseres Landes. Die Nordafrikaner sollten in den Geschäftsstellen und Wohnung

der grün-roten Gutmenschen einquartiert werden. Dann würden die Forderungen bald verstummen.

Was wir brauchen, sind funktionierende Kontrollen an den Außengrenzen der EU und an den nationalen Grenzen. Das Schengener Abkommen ist angesichts des Ansturms auf Europa überholt. Wenn Europa den Maghrebiniern helfen können soll, darf es nicht infolge von Wirtschaftsflüchtlingen kollabieren.

Assimilation statt Multikulti

Der Mensch ist berufen, in der ihn umgebenden Gemeinschaft seine Gaben in Freiheit und in der Erfüllung des christlichen Sittengesetzes zu seinem und der anderen Wohl zu entfalten. So lautet der erste Absatz des Artikels 1 unserer Landesverfassung.

Die Erfüllung des christlichen Sittengesetzes setzt die Anerkennung der christlich-abendländischen Kultur voraus. Deshalb treten die Republikaner für eine durch Christentum und Aufklärung geprägte Werteordnung ein. Und wehren sich gegen eine schleichende Islamisierung unserer Lebensverhältnisse. Wir brauchen eine Integration jener, die in dieses Land zugewandert sind und sich hier heimisch fühlen. Integration setzt stets die Assimilation, also die Anpassung an die hier herrschenden Gesetze, Werte und Bräuche voraus. Wer sich nicht assimilieren will, verweigert die Integration. Wir wollen keine Multi-Kulti-Konflikt-Gesellschaft, sondern die Bewahrung des sozialen und inneren Friedens in unserem Land. Deshalb ist hier kein Platz für jene, die unser Land für eine intolerante Religion oder eine fremde Kultur erobern wollen.

Deshalb: Wer Freiheit, Toleranz und Identität unseres Landes bewahren will, sollte am 27. März die Kandidaten der Republikaner wählen!

DEUTSCHLAND

Rette sich wer kann

Der Glanz der Deutschen Bundesbank ist dahin. Als Hüterin der D-Mark-Stabilität war sie die geachtetste Institution im Land, unabhängig, unbestechlich. Jetzt übernimmt ein Ja-Sager aus der Merkel-Runde den Chefessel, aus dem Axel Weber geflüchtet ist.

Nicht mal sein früherer Professor hält Jens Weidmann, den designierten nächsten Bundesbankpräsidenten, für geeignet. Gut für Merkel: Einen störrischen Notenbankchef kann sie genauso wenig gebrauchen wie Frankreichs Sarkozy. Die Europäische Zentralbank soll machen, was die Politik sich wünscht: Schrott-Staatsanleihen aufkaufen, Geld drucken und die Zinsen niedrig halten, damit der Schuldenzirkus noch eine Weile weitergehen kann.

Man kann verstehen, dass Axel Weber desertiert ist: Er wollte kein totes Pferd besteigen und nicht der EZB-Präsident werden, unter dem der Euro auseinanderfliegt. Hinzu kommt: Die Deutsche Bundesbank subventioniert jetzt schon die Euro-Zone mit mehr als 300 Milliarden Euro – mehr, als der „Rettungsfonds“ verteilen kann. Um so viel sind nämlich die Schulden anderer Notenbanken bei der Bundesbank während der Krise gestiegen. Weber wollte wohl nicht der sein, dem diese Rechnung präsentiert wird.

Auch die Risiken für die EZB im Geschäft mit den Banken haben sich durch die Finanzkrise vervielfacht: Die Zentralbank hat großzügig Geld vergeben und dafür minderwertige Sicherheiten wie Staatsanleihen der Pleite-Staaten akzeptiert.

Dadurch hat die Politik die EZB in der Hand: Sie muss um jeden Preis einen Staatsbankrott Griechenlands und anderer Staaten vermeiden, weil das die EZB selbst ruinieren könnte. Doch immer weniger Ökonomen glauben, dass sich die Griechenland-Pleite noch verhindern lässt. Wer glaubt noch an den Euro?

Die beste Antwort auf diese absehbare Gefahr ist die der Republikaner: Raus aus dem Euro, bevor es zu spät ist. Volksabstimmung jetzt!

Mit Merkel in die EUdSSR-Planwirtschaft

Die Schuldenkrise mit noch mehr Schulden überwinden – mit diesem aberwitzigen Vorhaben blasen die Finanzminister und Regierungschefs der EU derzeit eine Spekulationsblase auf, wie sie Europa noch nicht gesehen hat. Platzt sie, drohen gigantische Geldvernichtung und Inflation zugleich.

Europas Politiker leiden am „alternativen Helfersyndrom“, konstatiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ sarkastisch: Erst „retten“ sie eine Bank nach der anderen, dann ein Land nach dem anderen. Billionen an privaten Krediten, für die die Investoren vorher ordentliche Renditen eingestrichen haben, werden zur öffentlichen Schuld, die Risiken werden den Steuerzahlern aufgedrückt.

Fast täglich melden sich Fachleute wie der europäische Sachverständigenrat EEAG zu Wort und fordern eine Umschuldung Griechenlands mit Schuldenschnitt und ein Aus-

scheiden der überschuldeten Länder aus dem Euro als einzige Lösung. Der Präsident des Bundesverbands deutscher Banken Andreas Schmitz erklärt, dass das möglich sei, ohne dass eine einzige Bank zusammenbricht.

Trotzdem wollen die EU-Politiker ihr Schulden-Schneeballsystem verlängern und hören nicht auf die Experten. Weil sie die EZB schon zur „Bad Bank“ gemacht und ihr gefährlich viele Schrott-Anleihen maroder Staaten aufgedrückt haben, wollen sie einen dauerhaften „Rettungsmechanismus“ einrichten, den ESM,

und den sogenannten „Rettungsschirm“ ausweiten. Allein dadurch stiege der deutsche Haftungsanteil auf 366 Milliarden Euro.

Das verschärft die Schuldenkrise, weil überschuldete Staaten weiter günstige EU-Kredite bekommen und weitermachen können wie bisher, warnt jetzt ein Plenum von 189 Ökonomen. Aber schon bei der Euro-Einführung hat die Politik nicht auf Warnungen von Fachleuten gehört.

Denn in Wahrheit geht es ihnen darum, die Euro-Krise zum Vorwand zu nehmen, um die von den Franzosen seit jeher geforderte EU-Wirtschaftsregierung zu installieren. Im Namen der Euro-Stabilität soll die EU Staatshaushalte und Wirtschaftspolitik kontrollieren, Tarifabschlüsse, Renten- und Sozialsysteme überwachen, aufpassen, dass keiner



zu viel importiert oder exportiert und so die Nationalstaaten enger ans Gängelband legen als je zuvor.

Die „Wirtschaftsregierung“ wäre der Einstieg in die EUdSSR-Planwirtschaft. Der ehemaligen FDJ-Funktionärin Angela Merkel mag das ja gefallen. Wer die Freiheit und sein Land liebt, muss dagegen aufstehen: Wählt die Euro-Parteien ab!



Filip Dewinter: **Inch'Allah?**
Die Islamisierung Europas.

Vorwort von
Patrik Brinkmann.

253 Seiten, geb., EUR 24,90.
ISBN : 978-3-900968-12-0

Europa oder Eurabia?

Filip Dewinter, Fraktionsvorsitzender des Vlaams Belang im Flämischen Parlament, hat ein aufrüttelndes Buch geschrieben: „Inch'Allah? Die Islamisierung Europas“.

Filip Dewinter bezeichnet in seinem Buch den Islam als ein „gefährliches Raubtier“, das sich auf die schwächste Beute, das heißt auf Europa, stürzt. Der Autor legt dar, warum der Islam nicht nur eine Religion ist wie viele andere auch, sondern eine gefährliche, totalitäre politische Ideologie, die im Gegensatz steht zu den europäischen Freiheiten, Werten und Normen.

Anschaulich erklärt Dewinter den Zusammenhang zwischen Multikulturalismus, Masseneinwanderung und Islam. Während Europa sich einschläfern lässt vom multikulturellen Wahn, funktioniert die Masseneinwanderung

als das Trojanische Pferd des Islams. Weiter wird dargestellt, wie ein demographischer, kultureller und militärischer Jihad aus Europa ein Eurabia schaffen soll.

Zusammen mit Patrik Brinkmann fordert Dewinter, enger politischer Partner von Republikanern und Pro-Bewegung, die islamische Kolonialisierung Europas rasch zu stoppen und das Blatt zu wenden. Anstatt Multikultur und Islam zu umarmen, solle Europa Rückgrat und Charakter zeigen, den Einwanderungshahn zudrehen, den Islam zurückdrängen und es wieder wagen, die eigene Identität in den Mittelpunkt zu stellen.

Lebenslänglich muss wieder lebenslänglich heißen

Die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur nachträglichen Sicherungsverwahrung waren krasse Fehlentscheidungen zu Lasten der Sicherheit der Bürger. Aber sie haben auch gezeigt: Unser Strafrecht ist reformbedürftig.

Die Sicherungsverwahrung ist auch deswegen ein angreifbares rechtliches Instrument, weil das aufgeweichte deutsche Strafrecht den Richtern keine Möglichkeit bietet, lebenslängliche Haftstrafen ohne eingebaute automatische Begrenzung zu verhängen. Dringend ge-

boten ist nach Ansicht der Republikaner daher die Wiedereinführung echter lebenslänglicher Haftstrafen für gefährliche Sexualtäter. Wenn lebenslänglich wieder lebenslänglich heißt und bei Tätern, von denen eine anhaltende hohe Gefahr für die Öffentlichkeit ausgeht, auch

grundsätzlich verhängt wird, muss die Sicherungsverwahrung nicht länger als problematische Ersatzkonstruktion herhalten.

Auch bei anderen brennenden Themen sind Polizei und Justiz zu oft die Hände gebunden. Beispielsweise ist Baden-Württemberg für



die italienische Mafia längst nicht mehr nur Rückzugsort, sondern Operationsbasis geworden. Die Republikaner fordern deshalb die sofortige Schaffung der notwendigen gesetzlichen Grundlagen, damit die Polizei diese Strukturen in den Griff bekommen kann.

Angelas Kasperltheater

„Du, Guido, haste Deine Dissertation eigentlich auch schon verschwinden lassen, damit die keiner auseinandernehmen kann wie die vom Gutti?“



„Ach was, Angela. Meine ist so dünn und öde, da glaubt doch echt keiner, dass ich die nicht selbst geschrieben habe.“



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER, KV Ludwigshafen
Konto-Nr. 7 820 111, BLZ 545 500 10
Stadtsparkasse Ludwigshafen

Verwendungszweck: „Die Blauen Löwen LU“

Bravo, Blaue Löwen

Der Kreisverband Ludwigshafen der Republikaner hat aus jugendlichen Parteianhängern eine Fußballmannschaft zusammengestellt, die bereits erfolgreich mehrere Turniere in der Rhein-Neckar-Liga bestritten hat.

Die Jugendmannschaft findet viel Zuspruch in der Bevölkerung und bringt den Republikanern viele Sympathiepunkte ein.

Inzwischen haben sich viele weitere Jugendliche gefunden, die für die blauen Löwen spielen möchten. Um die erforderlichen Trikots kaufen zu können, freuen sich die Ludwigshafener Republikaner über Spenden, die zum Erfolg dieser wichtigen Jugendarbeit beitragen.

Die große Hartz IV-Blamage

Das Profilierungstheater ist vorbei. Der faule Hartz-IV-Kompromiss zwischen Union und SPD kostet den Bund rund 23,5 Milliarden Euro – keine Kleinigkeit also. Viel von dem Geld wird allerdings falsch ausgegeben.

Den gerechten Ausgleich zwischen Leistungsempfängern und den Steuerzahlern, die den Sozialstaat finanzieren, haben beide Seiten aus dem Blick verloren. Es geht im Kern nicht um die Frage, ob fünf oder acht Euro mehr im Monat für Hartz-IV-Empfänger ausreichend sind oder nicht.

Skandalös ist etwas ganz anderes: Von den 49 Milliarden Euro, die der

Bund und die Kommunen im vergangenen Jahr für Hartz-IV-Empfänger ausgegeben haben, sind nämlich nur 24 Milliarden tatsächlich bei den Hilfebedürftigen angekommen. Der Rest, mehr als die Hälfte, versickert in der Sozialindustrie – bei Rechtsanwälten und Betreuern, Arbeitsvermittlern, Wohlfahrtseinrichtungen und was es sonst noch alles gibt.

Der Hartz-IV-Kompromiss hat diesen Mischstand nicht nur nicht angepackt: Union und SPD haben sich auf Kosten der Steuerzahler geeinigt und noch eins draufgesetzt. Hunderte von Millionen Euro jährlich für die Schaffung von 3000 neuen Schulsozialarbeiterstellen auszugeben ist glatte Geldverschwendung zum Schaden der Steuerzahler.

Dabei ist längst klar: Die unaufhörliche „Versozialarbeiterung“ der Gesellschaft nützt niemandem außer den teuer alimentierten Sozialpädagogen, die ansonsten auf der Straße stünden.

Diese plumpe Klientelpolitik macht die Steuerzahler arm und schadet der Glaubwürdigkeit der Politik.



Foto: pixelio/Rainer Sturm

Wenn Deutschland weiterhin eine Maximalversorgung in der Fläche auf höchstem Niveau aufrechterhalten will, dann muss eine Frage beantwortet werden: Was wollen wir uns leisten und wer soll es bezahlen. Was sicher nicht geht, ist die Methode Rösler: Alles versprechen

Griff in den Geldbeutel

Gesundheit ist ein hohes Gut und überdies teuer. Der medizinische Fortschritt, die Überalterung unserer Gesellschaft, die Anspruchshaltung der Bevölkerung und der fast unendliche Kreis der Anspruchsberechtigten überfordern inzwischen die Sozialkassen und das Gesundheitssystem.

zum Nulltarif. Und was sicher auch nicht in die Zukunft führt, ist die Methode der Sozialisten à la Lauterbach: Den Mangel einfach verstaatlichen. Die Folge: Kein Problem wird gelöst, aber immer tiefer wird den Versicherten in die Tasche gelangt.

Dass es Spitzenmedizin nicht umsonst geben kann, ist nachvollziehbar. Und dass nicht alles von

der Krankenkasse bezahlt werden muss, was der Patient gern (umsonst) hätte. Bevor jedoch weiter in den Geldbeutel der Versicherten gegriffen wird, müssen erst einmal die Einsparmöglichkeiten realisiert werden, die offen zu Tage liegen: Eine Reduzierung der Verwaltungskosten bei den Krankenkassen, eine Beendigung von Zahlungen an nicht in Deutschland lebende

Familienangehörige, eine wirksame Kontrolle der Anspruchsberechtigung.

Angesichts der Unterfinanzierung bei den laufenden Kosten und dem Sanierungsstau bei den Krankenhäusern, den die Länder offensichtlich nicht abbauen wollen und können, muss der Geldvergeudung im Gesundheitswesen ein rasches Ende gesetzt werden.

Schlaglöcher im Kommunalhaushalt

Fast zehn Milliarden Euro fehlten letztes Jahr in den Kassen von Städten und Gemeinden in Deutschland – ein neuer Rekord. Die größten Löcher reißen die Sozialausgaben: 2010 mussten die Kommunen dafür über 42 Milliarden Euro aufwenden, doppelt so viel wie vor zwanzig Jahren.

Die Zeche dafür zahlen die Bürger mit Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen. Und weil notwendige Instandsetzungsarbeiten aufgeschoben werden, beispielsweise die Ausbesserung der Schlaglöcher nach dem harten Winter, wird öffentliches Vermögen real vernichtet, weil die Substanz weiter verfällt.

Dass der Bund jetzt wenigstens die Kosten für die Grundsicherung im Alter übernimmt, schafft zwar Entlastung. Aber das Grundproblem bleibt: Städte und Gemeinden müssen für die Folgen falscher

Politik bezahlen, die sie selbst nicht mitbestimmen können – etwa die anhaltende Einwanderung in die Sozialsysteme.

Viele Kommunen haben sich auch mit Prestigeprojekten übernommen, zu denen sie durch Zuschüsse und Mischfinanzierungen verleitet wurden.

Deshalb brauchen wir eine Finanzreform: Bund, Länder und Gemeinden sollen verlässliche eigene Einnahmen haben und nur für die Ausgaben aufkommen, die sie auch selbst verantworten.



Foto: pixelio/Edith Ochs

Pippi Langstrumpf und die Frauenquote

„Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt“, trällert Astrid Lindgrens Pippi Langstrumpf. So halten es auch Arbeitsministerin von der Leyen und alle, die mit ihr eine „Frauenquote“ in den Vorständen großer Unternehmen fordern: Sie fragen nicht nach Nutzen und Schaden und erst recht nicht danach, ob die Frauen selbst diese Quote überhaupt wollen.

Fragt man sie einmal, stellt man rasch fest, dass die Quotendebatte an der Wirklichkeit vorbeigeht: 59 Prozent der Frauen würden sich als Mütter mit einer Teilzeitstelle am

wohlsten fühlen, nur 18 Prozent der Frauen halten ein Dasein als voll berufstätige Mutter überhaupt für erstrebenswert.

Mit anderen Worten: Frauen-

quote und Krippenprogramme bedienen den Lebensentwurf einer Minderheit, der auf Kosten aller gefördert und nach Möglichkeit allen anderen noch aufgenötigt werden soll. Für das knappe Fünftel der am liebsten Vollzeit arbeitenden Frauen wäre eine 40- oder 50-Prozent-Quote natürlich ein Karriere-turbo. Mit dem Effekt, dass nicht unbedingt die Besten mehr nach oben gelangen und unter Umständen

qualifizierte und leistungswillige Männer ihrerseits diskriminiert und benachteiligt werden müssten.

Ein kostspieliger Unfug also, der den in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkten Unternehmern und den Arbeitnehmern gleichermaßen schaden würde.

Wäre es da nicht einfacher, Arbeitswelt und Steuersystem so zu gestalten, dass jeder nach seinem eigenen Entwurf leben kann?

KOMMENTAR ...



Liebe Leser,

für das konservative Bürgertum war der Absturz des schwarzen Barons ein wahrer Schock. Endlich war da ein gutaussehender Adliger mit schneidigem Auftreten, mit regulären Lebensverhältnissen, einer gut aussehenden Ehefrau und Kindern und einer steilen Politkarriere. Keiner mit vier Ehefrauen oder schwullesbischem Lebenspartner, sondern ein Hoffnungsträger der konservativen Normalität. Und dann noch der schwindelerregende Aufstieg vom oberfränkischen Abgeordneten bis zum Verteidigungsminister.

Da wurden die Kritiker des nassforschenden Jungministers, die den Abschluss des Generalinspektors oder die Stilllegung des Marineschulsschiffs anprangerten, schnell als linke Spielverderber oder Neidhammel abgestempelt. Nun aber sieht die Sache anders aus. Herr zu Guttenberg hat sich als Luftnummer, als Hochstapler und Möchtegern enttarnt, der den Anforderungen und Erwartungen, die an ihn gerichtet werden, bei weitem nicht gewachsen ist. Wer einen ghost-writer braucht, um eine Dissertation fertigstellen zu können, und diese dann auch noch in einem Renommier-Verlag drucken zu lassen, ohne zu merken, was in der Dissertation alles steht, ist nicht hochmütig, sondern dumm.

Mehr Schein als Sein mag zwar zum Markenzeichen unserer Spitzenpolitiker zählen, seitdem uns die fleischgewordene Mediokritik regiert. Wenn man es als gelernte FDJ-Sekretärin ins Kanzleramt oder als promovierter IM zum Fraktionsvorsitzenden im Bundestag schafft, dann mag eine missglückte Dissertation als lässliche Sünde erscheinen. Aber wenn ein Minister möglicherweise erpressbar wird, etwa durch den ghost-writer, dann ist er nicht mehr zu halten. Guttenberg musste zurücktreten, damit Anstand, Fleiß und geistiges Eigentum ihren Wert behalten.

Ihr Rolf Schlierer

„Islamophobie“ als Kampfbegriff

Die zunehmende Kritik an der Ausbreitung eines aggressiven Islams in Deutschland hat die selbsternannten Tugendwächter der politischen Korrektheit auf den Plan gerufen. Allen voran den Berliner Innensenator Körting, dessen Markenzeichen inzwischen die Leugnung der zunehmenden Gewaltkriminalität in der Bundeshauptstadt geworden ist.



Moscheezentrum in Mannheim:
Symbol der Landnahme

Der Sozialdemokrat Körting, der problemlos mit Kommunisten im Senat paktiert, hat seine Verfassungsschützer zu einem Elaborat angestiftet, in dem gegen die Argumente der Rechten gegen die Gefahren des Islams polemisiert wird. Es wäre besser, wenn er sich um die wirklichen Bedrohungen unseres Landes kümmern würde. Zum Beispiel um die organisierte Kriminalität in Berlin, die zunehmende Gewaltkriminalität in den Berliner U- und S-Bahnen, die Ausländerkriminalität und die Umtriebe islamistischer Terroristen in Berlin.

Inzwischen werden jedes Jahr 24 Millionen Euro von der Bundesregierung in den Kampf gegen Rechts hineingepumpt. Für die Bekämpfung des Islamismus und des Linksextremismus werden jeweils nur zwei Millionen bereitgestellt. Dass die freiheitliche demokratische Grundordnung und ein konsequent gelebter Islam nicht miteinander vereinbar sind, ist längst nachgewiesen. Anstatt daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, werden inzwischen die Kritiker einer Islamisierung mit Kampfvokabeln wie „Islamophobie“ bekämpft und diffamiert. Und Islamisten und deren Organisationen werden mit staatlichen Leistungen unterstützt. Damit wird die Axt an die Verfassungsordnung gelegt, und zwar von jenen, die vorgeben, als Verfassungsschutzminister unseren Staat zu schützen. Zur Klarstellung: Die Religionsfreiheit ist ein hohes Gut und muss geschützt werden. Aber nur soweit, wie dabei nicht die Freiheitsrechte des Grundgesetzes in Frage gestellt werden.

Blender Karl-Theodor

Wer ehrenwörtlich erklärt, er habe seine Dissertation selbst und ohne Hilfe Dritter angefertigt, muss sich daran festhalten lassen. Auch als Adliger und als politischer Überflieger.

Dann muss man auch – sofern der Doktorand nicht an Geistesschwäche leidet – davon ausgehen, dass er den Inhalt der eigenen Doktorarbeit kennt. Und weiß, in welchem Umfang er welche Quellen ausgewertet und zitiert hat. Wer wie der schwarze Baron die Anwürfe zunächst als „absurd“ beseitigen will, um dann nach „erstmaliger“ Beschäftigung mit der Arbeit einige Fehler entdecken zu können, der wusste wahrscheinlich gar nicht, woher die vom „ghost writer“ verwendeten Texte stammten.

Für jeden, der eine Doktorarbeit verfasst, ist klar, dass er nicht nur Quellen korrekt zitieren muss, sondern vor allem in der Arbeit eigene wissenschaftliche Erkenntnisse zum Ausdruck bringen muss. Eine Dissertation ist etwas anderes als die Zusammenstellung fremder Ausarbeitungen. Wer als Einführung in seine Dissertation abschnittsweise die Ausführungen Dritter wörtlich übernimmt, begeht keine handwerklichen Fehler, sondern täuscht vorsätzlich. Bei Otto Normalverbraucher ohne Adelstitel würde man von Betrug sprechen. Wenn man allerdings ein Revolverblatt hinter sich hat, nur von einem kleinen Fehler.

Die Aberkennung des Doktorgrades ist für den oberfränkischen Freiherrn mehr als ein Rückschlag in der Karriere als politischer Überflieger. Karl der Blender kann von niemandem mehr ernst genommen werden. Weder von den Soldaten noch von den Bürgern. Der Ikarus von Guttenplag, der immer hoch hinaus musste, hat nicht berücksichtigt, dass derjenige, der ins Rampenlicht der Politik tritt, gnadenlos ausgeleuchtet wird. Da gibt es keinen Schatten mehr, in dem man Fehler verstecken kann. Wer so hoch fliegt, stürzt ab, wenn die Flügel aus Wachs bzw. die Dissertation aus Plagiaten besteht.

Guttenbergs Rücktritt war überfällig. Als politisches Vorbild taugt er nicht. Wenn er sich an den Maßstäben messen lässt, die er an Generalinspektoren und Schulschiffkommandanten anlegt, hätte ihn die Kanzlerin längst ablösen müssen. Und als Minister war er auch deshalb nicht mehr zu halten, weil niemand weiß, wer ihn als „ghost writer“ künftig unter Druck setzen kann.

Kopieren geht über Studieren?



Einschalten!

Wahlwerbung der Republikaner im Fernsehen

Baden-Württemberg:

Hörfunk SWR RP:
Fr., 18.03.11, ca. 16:55 Uhr
SWR 4 BW
Do., 24.03.11, ca. 12:55 Uhr
SWR 1 BW

Fernsehen SWR BW:
Di., 08.03.2011, ca. 19:58 Uhr
Do., 24.03.2011, ca. 21:58 Uhr

Rheinland-Pfalz:

Hörfunk SWR RP:
Do., 17.03.11, ca. 07:55 Uhr
SWR 4 RP
Mi., 23.03.11, ca. 17:55 Uhr
SWR 1 RP

Fernsehen SWR RP:
Do., 10.03.2011, ca. 19:43 Uhr
Do., 24.03.2011, ca. 18:08 Uhr

...natürlich können Sie die TV-Spots auch im Internet ansehen:

www.rep-bw.de oder www.rep-rp.de

Veranstaltungshinweise

Baden-Württemberg:

Wahlveranstaltung im Wahlkreis Main-Tauber

Montag, 14.3.2011, 19.30 Uhr
Gasthof „Goldener Stern“, Pfarrstraße 23, 97922 Lauda
Es spricht: Der Landesvorsitzende Ulrich Deuschle

Bayern:

Stammtisch für den KV Ingolstadt

jeden 1. Donnerstag um 19:30 Uhr,
(ausgenommen März),
in der Sportgaststätte SV Zuchering, Seeweg 17.

Absender nicht vergessen!

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

- Ich wünsche weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied werden.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Unzufrieden mit der Politik in Deutschland?

**RICHTIGE
EHRliche
POLITIK**

Sie wollen etwas ändern? Dann tun Sie's mit uns:

Was wir dazu dringend benötigen und worum wir Sie ganz herzlich bitten, ist die größtmögliche Finanzhilfe zur Förderung unserer Wahlanstrengungen. Nur mit Ihrer Hilfe können wir uns gegen die Übermacht der linken Parteien- und Medienmacht durchsetzen. (Spenden sind steuerlich absetzbar!)

Wenn Deutschland noch eine rechtskonservative Zukunft haben soll, dann gibt es nur eine Alternative:

DIE REPUBLIKANER REP

Spendenkonto Nr. 387 450 460, Postbank Dortmund (BLZ 440 100 46)

Nur bei Angabe der vollständigen Anschrift, kann eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden.

Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!

Einfach ausschneiden, ausfüllen, einkuvertieren und absenden an folgende Adresse:



Die Republikaner, Bundesverband
Postfach 52 01 29, 48087 Münster

Impressum

DIE REPUBLIKANER, Geschäftsstelle

Peterhofstr. 15, 86438 Kissing

Telefon (0 82 33) 84 92 30

Fax (0 82 33) 84 92 98

E-Mail: info@rep.de, Internet: www.rep.de

Vi.S.d.P.: Dr. Rolf Schlierer

EUROPA

Vertriebenen- verhöhnung

Die Verhöhnung der deutschen Heimatvertriebenen durch die politische Klasse treibt immer seltsamere Blüten. Selbst die „Charta der Heimatvertriebenen“ von 1950, auch von SPD-Politikern als Vorbild der Versöhnungsbereitschaft gelobt, wird jetzt geschmäht: SPD-Bär Thierse findet sie „anmaßend“, der Generalsekretär des Zentralrats der Juden „revanchistisch“ – und das nur, weil die Vertriebenen zu erwähnen wagen, dass auch ihnen Unrecht widerfahren sei.

Grund der Hysterie ist das Vorhaben der Koalition, den Tag der Verabschiedung der Charta, den 5. August, zum Vertriebenen-Gedenktag zu machen. Das gefällt den arroganten polnischen Politikern nicht, die sich längst angewöhnt haben, den Deutschen nach Belieben den Umgang mit der eigenen Vergangenheit vorzuschreiben, und ihre deutschen Helfershelfer beißen sofort zu.

Dabei gibt es in der Tat bessere Gedenktage. Die Republikaner fordern seit vielen Jahren, den 4. März dem Andenken an Flucht und Vertreibung zu widmen. Am 4. März 1919 wurden nämlich unbewaffnete Sudetendeutsche von tschechischen Milizen zusammengeschossen, weil sie für ihr Selbstbestimmungsrecht demonstrierten. Der Tag erinnert daran, dass die Vorgeschichte der Vertreibung eben nicht erst 1933 begann.

Bei den Wahlen
am 27. März 2011



REP wählen!